

Zur Geschichte der Arbeiterbewegung:

Die Blutnacht von Genf

Der 9. November 1932 ging als einer der schwärzesten Tage in die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung ein. Von ihrer Aufgabe völlig überforderte Rekruten schossen auf Befehl ihres Kompaniekommandanten in eine Demonstration der Genfer Sozialisten. 13 Menschen fanden den Tod und mindestens 60 weitere erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Regierung und Armee schoben die Schuld auf die Linke und starteten eine eigentliche Hexenjagd

Der blutige Einsatz der Armee fällt in den ersten Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise. Im Winter 1931/32 zählte man in der Schweiz seit langem erstmals wieder über 50'000 Arbeitslose. Der Kampf um die Verteilung der Krisenlast führte verschiedenorts zu harten Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Polizei, die im Juli 1932 in Zürich ein erstes Menschenleben forderten. In Deutschland standen die Nazis kurz vor der Machtübernahme.

Genf in der Krise

In Genf lebte 1932 fast ein Zehntel aller schweizerischen Arbeitslosen in nahezu hoffnungsloser Lage. Fehlte das Geld für die laufenden Auslagen, so drohte die Verpfändung der Möbel oder gar die Vertreibung aus der Wohnung. Auf verschiedenen Ebenen bildeten sich daher Selbsthilfe- und Verteidigungskomitees. Besonders aktiv war die Ligue d'Action du Bâtiment um Lucien Tronchet, die immer wieder handgreiflich gegen Missstände im Bauwesen vorging. Das Gefängnis Saint-Antoine wurde zu einer Durchgangsstation für Gewerkschafter, erinnerte sich Tronchet, der später während vielen Jahren das Sekretariat der Genfer Bau- und Holzarbeiter leitete.

Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch steckte die Rhônestadt in einer Krise. Wichtige Vertreter des Bürgertums verstrickten sich in verschiedenen Skandalen. Die Verantwortlichen der Banque de Genève, die ihre Schalter im Juli 1931 schloss, waren am tiefsten in den Sumpf geraten. Unter den 20 wegen Misswirtschaft Angeklagten befand sich der starke Mann des Genfer Freisinns, Regierungsrat, Ständerat, Ersatzbundesrichter und Nationalbankverwaltungsrat Alexandre Moriaud.

Sozialisten im Vormarsch

Wichtigste oppositionelle Kraft war die sozialistische Partei, die wegen ihres forschenden Linkskurses auch mit den nationalen Parteiinstanzen auf Kriegsfuss stand. Unter der Führung des Waadtländer Bauernsohnes Leon Nicole hatte sie seit den frühen zwanziger Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen und sich im Grossen Rat von 27 auf 45 Sitze verbessert.

Nicole übernahm während seiner 15jährigen Tätigkeit bei der Post wichtige Funktionen in der Genfer Gewerkschaftsbewegung. Als Präsident der Platzunion des Bundespersonals landete er wegen seiner Rolle im Landesstreik zum ersten Mal im Gefängnis. 1919 erfolgte die Wahl in den Nationalrat, weshalb er seine Stelle aufgeben musste. In den folgenden Jahren führte er als Verbandssekretär die PTT-Union in den Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Dann legte er seine gewerkschaftlichen Funktionen nieder, um sich als Sektionspräsident und Redaktor des neugeschaffenen Parteiorgans „Le Travail“ ganz dem Genfer Sozialismus zu widmen.

Das Bürgertum fand in Nicole einen aufsässigen Kritiker, der in Reden und Artikeln unermüdlich alle Ungereimtheiten geisselte. Es darf nicht verschwiegen werden, dass er mehrmals über das Ziel hinausschoss und deswegen einige Bussen aufgebrummt bekam. Grösstes Aufsehen erreichte er 1931, als er die Misswirtschaft der Banque de Genève enthüllte.

An der Seite Nicoles kämpfte sein Freund Jacques Dicker, der als gebürtiger Russe und Jude sowie als Sozialist alle Feindbilder rechtsbürgerlicher Kreise in seiner Person vereinigte. Über ihn ergoss sich eine der schmutzigsten Hetzkampagnen, die je einen Politiker wegen seiner Herkunft trafen.

Faschisten werden salonfähig

In seinem Hass gegen die Sozialisten liess das Genfer Bürgertum schon ein halbes Jahr vor dem berüchtigten Frontenfrühling seine Bedenken gegenüber dem Rechtsextremismus fallen. Die im Sommer 1932 gegründete „Union nationale“ vereinigte in ihren Reihen prominente bürgerliche Politiker der „Union de défense économique“ mit den Faschisten des „Ordre politique national“.

Die „Union de défense économique“ entstand in den frühen zwanziger Jahren als Bewegung gegen die Finanzpolitik des Kantons. Sie gewann bedeutenden Einfluss und stellte zu ihren Glanzzeiten zwei Vertreter in der Regierung sowie je einen im National- und Ständerat. Den „Ordre politique national“ hatte sein Führer Georges Oltramare ganz nach dem Vorbild der von ihm verehrten Nazis und Faschisten gestaltet.

Die „Union nationale“ sollte die Stärken der beiden Partner vereinigen, die Verflechtung mit dem Bürgertum und die Dynamik der damals auch in der übrigen Schweiz aufblühenden faschistischen Bewegung. Sie erfüllte aber offenbar die Erwartungen nicht, denn schon bald schwand die bürgerliche Prominenz aus den

leitenden Gremien, während sich der faschistische Charakter immer klarer zeigte. Oltramare selbst wirkte im Zweiten Weltkrieg als Nazi-Propagandist in Paris.

Im Herbst 1932 standen die „Union nationale“ und Oltramare aber hoch im Kurs. Für den 9. November planten sie ein öffentliches Tribunal gegen Nicole und Dicker. Eine solche Veranstaltung musste damals äusserst provozierend wirken, pflegten doch die Nazis ihre Gegner auf diese Weise fertig zu machen.

Polizei schützt Faschisten

Die Sozialisten forderten die Regierung auf, die Veranstaltung zu verbieten, da die Genfer Arbeiterklasse nicht bereit sei, die Ausbreitung faschistischer Bräuche zu dulden. Als ihr Verlangen kein Gehör fand, bereiteten sie eine Gegendemonstration vor. Wegen der notorischen Gewalttätigkeit der „Union nationale“ war es ratsam, die Veranstaltung geschlossen zu besuchen.

So weit konnte es aber gar nicht kommen, weil die Polizei am Abend des 9. November sämtliche Strassen rund um den Saal absperzte und geladene Gäste zur Versammlung der „Union nationale“ durchliess. Um die auf unzähligen Plakaten versprochene Öffentlichkeit doch noch herzustellen, erhielten schliesslich eine Handvoll Sozialisten und Kommunisten Zugang. Vor den Polizeisperren sammelte sich jedoch ein grosse, empörte Menge an, die die Versammlung mit einem ohrenbetäubenden Lärm zu stören versuchte. Im Gedränge brach eine der Absperrketten, aber die Polizei war rasch wieder Herr der Lage.

Tödliche Schüsse

Der den Einsatz überwachende Regierungsrat Frederic Martin bekam es ein zweites Mal mit der Angst zu tun. Bereits am Morgen hatte er Ausschreitungen befürchtet und kurzfristig eine Rekrutenschule nach Genf verlegen lassen. Jetzt verlangte er zur Verstärkung der Polizei nach der in der nahen Kaserne untergebrachten Truppe.

Wenig später rückte eine mit Karabinern, Maschinengewehren und scharfer Munition versehene Kompanie aus. Statt mit einem kleinen Umweg über menschenleere Strassen von hinten die angeblich gefährdete Sperre zu erreichen, wählte sie ausgerechnet den Weg durch die dichteste Menschenmenge. Offenbar hatten sich die Offiziere in den Kopf gesetzt, gleich noch die Strasse zu räumen. In zwei Zweierkolonnen, die sich im Gedränge rasch auflösten, versuchten die Rekruten den Häusern entlang vorzustossen. Die Menge begann sie zu entwaffnen und machte rund ein Dutzend Gewehre, Bajonette und Helme unbrauchbar. Daraufhin befahl der Kompaniekommendant den Rückzug und gruppierte seine Truppe vor dem Palais des Expositions neu, statt sich 200 Meter weiter in die sichere Kaserne zurückzuziehen. Bürgerliche Kreise begründeten das unerklärliche Verhalten damit, dass sich keine Armee zurückziehen könne, bevor sie ihren Auftrag erfüllt habe.

200 bis 300 Personen, grösstenteils Neugierige, umringten die vor der Fassade zusammengedrängten Rekruten und überhäuften sie mit Schmährufen. Einige warfen Kieselsteine. Die jungen Wehrmänner und ihre Vorgesetzten waren überfordert und gerieten in Panik. Nach einigen Warnrufen, die aber im Lärm völlig untergingen, gab der Kompaniekommendant den Schiessbefehl. Innerhalb von 10 bis 15 Sekunden fanden unter den Kugeln der von allen guten Geistern verlassenen Truppen 10 Menschen sofort den Tod und von den mindestens 65 teils schwer Verletzten starben in der Folge weitere 3.

Schwerwiegende Folgen

Die Schüsse verursachten nicht nur unermessliches menschliches Leid, sie gaben Anlass zu einer Verschlechterung des politischen Klimas. Die militärische und die gerichtliche Untersuchung waren nur darauf angelegt, die Schuld Nicoles und der Sozialisten zu beweisen. Sie wurden begleitet von einer beispiellosen Reressionswelle. Die bürgerliche Welt einigte sich auf die These, die Kommunisten hätten bewusst Unruhen provoziert und Nicole sei eigentlich ein Kommunist. Eine Diskussion über die Verantwortung des Militärs, der Regierung und der Faschisten lehnte sowohl das Bundesgericht als auch der Nationalrat ab. Der Generalstreik, mit dem die Genfer Arbeiterschaft gegen die Brutalität der Armee zu protestieren versuchte, deckte die Schwäche der Arbeiterbewegung in den Krisenjahren auf. In der übrigen Schweiz fiel die Antwort auf die militärische Machtdemonstration noch kraftloser aus. Das Bürgertum erkannte die Ohnmacht der Linken und begann sofort deren Spielraum einzuschränken. Der erste Anlauf, der unmittelbar durch die Genfer Ereignisse angeregte Abbau der Grundrechte, scheiterte zwar in der Volksabstimmung. Gegen die folgende Flut von Verordnungen erhob sich aber kaum mehr Widerstand.

Erst heute, nachdem die Legende ihre Schuldigkeit getan hat, beginnt man auf bürgerlicher Seite zu anerkennen, dass das Verhalten von Regierung, Armee und Faschisten die Katastrophe geradezu heraufbeschwore.

Bernard Degen.

Öffentlicher Dienst, 26.11.1983.

Personen > Degen Bernard. Armee-Einsatz Genf. OeD, 1983-11-26